

FREISTELLUNGS- ANTRAG

Adresse Arbeitgeber

An

Antrag auf Freistellung nach dem bayerischen Jugendarbeitfreistellungsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

der _____ beantragt die Freistellung für

Name des antragstellenden Trägers

Herrn/Frau _____, geboren am _____

wohnhaft in _____

Er/sie nimmt von _____ Uhr _____ bis _____ Uhr _____

als _____ an der Maßnahme _____

des Trägers _____

teil.

Adresse, Telefon und E-Mail des antragstellenden Trägers

Die Freistellung umfasst _____ Tage/Stunden.

Dieser Antrag wird gemäß dem bayerischen Jugendarbeitfreistellungsgesetz (JArbFG) gestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der Freistellung von Arbeitnehmer_innen und Auszubildenden der Privatwirtschaft nicht um einen Sonderurlaub handelt, sondern um eine Freistellung für einen ehrenamtlichen Einsatz von Mitarbeiter_innen der Jugendarbeit. Das Jugendarbeitfreistellungsgesetz findet für alle Arbeitnehmer_innen in Bayern Anwendung. Für Bundesbeamtinnen/Bundesbeamte und Soldaten eröffnet sich bei Anwendung einschlägiger Sonderurlaubsregelungen die Möglichkeit von Sonderurlaub unter Fortzahlung der Bezüge.

Der Antrag gilt als bewilligt, wenn ihn der Arbeitgeber nicht gegenüber dem/der Antragsteller_in und dem/der Arbeitnehmer_in spätestens zwei Wochen vor Beginn des beantragten Zeitraums in Textform ablehnt. Die Ablehnung ist in Textform zu begründen. Es wird darum gebeten auch bei Genehmigung des Antrags eine Rückmeldung zu geben, um die Planungssicherheit für den antragstellenden Träger zu erhöhen.

Zur anonymisierten statistischen Auswertung der Freistellungsanträge wird darum gebeten den Antrag wie auch die Ablehnung **in Kopie** an den BJR (Fax: 089/51458-88; E-Mail: freistellung@bjr.de) zu senden.

Mit freundlichen Grüßen

_____, den _____

Ort

Datum

Unterschrift des antragstellenden Trägers

Jugendarbeitfreistellungsgesetz (JArbFG)

Jugendarbeitfreistellungsgesetz (JArbFG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2162-3-A) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Gesetz vom 27. März 2017 (GVBl. S. 52) geändert worden ist.

Artikel 1

- (1) Ehrenamtliche Jugendleiter, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und in einem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis stehen, haben gegenüber dem Arbeitgeber nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf Freistellung für Zwecke der Jugendarbeit.
- (2) Die Freistellung kann beansprucht werden,
 - 1) für die ehrenamtliche Tätigkeit bei Angeboten der Jugendarbeit im Sinne des § 11 des Achten Buches Sozialgesetzbuch,
 - 2) zur Teilnahme an Tagungen und Veranstaltungen, die der Aus- und Fortbildung für entsprechende Tätigkeiten dienen.
- (3) Der Arbeitgeber darf die Freistellung nur verweigern, wenn im Einzelfall dringende betriebliche Gründe entgegenstehen.
Die Beteiligung des Betriebsrats richtet sich nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes.

Artikel 2

- (1) Eine Freistellung nach diesem Gesetz kann jedes Jahr für nicht mehr als zwölf Veranstaltungen und zusammen höchstens für einen Zeitraum verlangt werden, der dem Dreifachen der regelmäßigen Wochenarbeitszeit entspricht. Der Anspruch ist auf das nächste Jahr nicht übertragbar.
- (2) Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, für die Zeit der Freistellung nach diesem Gesetz eine Vergütung zu gewähren.

Artikel 3

- (1) Anträge auf Freistellung für eigene Maßnahmen können gestellt werden von
 1. den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe,
 2. den öffentlichen anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe,
 3. den im Ring Politischer Jugend zusammengeschlossenen Jugendorganisationen der politischen Parteien und
 4. den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege.Der Träger der freien Jugendhilfe muss auf Verlangen des Arbeitgebers vor der Entscheidung über den Antrag seine öffentliche Anerkennung nachweisen.
- (2) Die Anträge sollen in Textform gestellt werden. Sie müssen dem Arbeitgeber, von besonders zu begründenden Ausnahmefällen abgesehen, mindestens vier Wochen vor Beginn des Zeitraums, für den die Freistellung beantragt wird, zugehen.
- (3) Der Antrag gilt als bewilligt, wenn ihn der Arbeitgeber nicht gegenüber dem Antragsteller und dem Arbeitnehmer spätestens zwei Wochen vor Beginn des Zeitraums, für den die Freistellung beantragt wird, in Textform ablehnt. Die Ablehnung ist in Textform zu begründen.

Artikel 4

Arbeitnehmern, denen eine Freistellung nach diesem Gesetz gewährt oder versagt wird, dürfen Nachteile in ihrem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis nicht erwachsen.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt entsprechend für ehrenamtliche Leiter von Jugendchören, Jugendorchestern und sonstigen Jugendmusikgruppen, wenn sie an Veranstaltungen der musikalischen Jugendbildung mitwirken, die den Veranstaltungen nach Art. 1 Abs. 2 entsprechen. Anträge auf Freistellung können in diesen Fällen nur vom Bayerischen Musikrat e.V. gestellt werden.

Artikel 6

Dieses Gesetz findet auf Beamte und in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehende Personen entsprechende Anwendung.

Artikel 7

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1980 in Kraft¹.

¹ [Amtl. Anm.:] Betrifft die ursprüngliche Fassung vom 14. April 1980 (GVBl. S. 180)